

Werner Faymann

Bundeskanzler der Republik Österreich



Vertrauen schaffen in schwierigen Zeiten

In diesem Kreis von Experten die Bedeutung von Notenbanken zu erklären, wäre wahrscheinlich nicht adäquat. Ich möchte mich aber dafür bedanken, dass es in sehr schwierigen wirtschaftlichen Zeiten Institutionen gibt, auf die man sich verlassen kann und die Vertrauen schaffen – Vertrauen auf allen Ebenen. Vertrauen bei Konsumenten, Vertrauen in der Wirtschaft, Vertrauen zwischen den Banken – und um dieses Vertrauen zu schaffen, ist auch eine enge und gute Zusammenarbeit von Institutionen, zu denen die Bevölkerung und die Wirtschaft Vertrauen gewonnen hat wichtig. Daher ist eine Institution wie die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) für die Regierung gerade in dieser Phase in der Bedeutung nicht zu unterschätzen und für die gute Zusammenarbeit mit der OeNB möchte ich mich hiermit bedanken.

Ich möchte zwei Aspekte besonders in den Vordergrund stellen, die Sie wahrscheinlich bei einem österreichischen Bundeskanzler nicht überraschen werden. Erstens den sozialen Aspekt, und zweitens die Konsequenzen, die die Politik aus der gegenwärtigen Krise zieht und ziehen muss.

Man kann sich natürlich fragen, warum ein Bundeskanzler zu Notenbank- und Finanzexperten über soziale Aspekte spricht. Ich tue das, weil ich denke, dass der soziale Frieden und der soziale Ausgleich in Europa, aber auch in unserem Land, ein Wert ist, den man gar nicht hoch genug schätzen kann. Besonders im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Krise ist es wichtig, dies zu betonen, da viele Menschen, die durch die Wirtschaftskrise verunsichert sind, Orientierung suchen.

Fragen wie: „Wer hat die Krise verursacht? Warum wendet die Regierung so viel Geld zur Rettung der Banken auf? Warum hilft Ihr nicht in erster

Linie den Armen und verhindert Arbeitslosigkeit? Warum bezahlen viele für die Krise, die nie etwas mit Spekulation zu tun hatten?“ sind Fragen, die einem in der Bevölkerung von allen Bevölkerungsschichten, gleich welchen Ausbildungsstands, gleich welcher Berufsgruppe, gleich in welchem Bundesland, in diesen Tagen am häufigsten gestellt werden. Und manche leiten aus diesen Ängsten und Sorgen auch falsche Antworten ab. Es gibt Gruppen, die versuchen, diese Unsicherheit dahingehend zu nutzen, dass sie vereinfachende Antworten geben und sagen: „Schuld sind die Ausländer. Schuld sind ein paar Reiche. Schuld ist irgendjemand.“

In komplexen wirtschaftlichen Systemen, und in einer Volkswirtschaft wie der österreichischen, die so stark exportorientiert ist, dass sie in der Vergangenheit teils höhere Exportzuwächse aufzuweisen hatte als der Exportweltmeister Deutschland, sind die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu erläutern und zu erklären. Daher ist es entscheidend, dass wir auch in diesen Zeiten für Vertrauen und Stabilität werben und den sozialen Frieden und den sozialen Ausgleich besonders in den Mittelpunkt stellen.

In den 1930er-Jahren, genauer im Jahr 1933, gab es in Österreich 557.000 Arbeitslose. Das entsprach einer Arbeitslosenquote von 26%. Heute haben wir eine Arbeitslosenquote von 4,5% – und das sind noch immer um 4,5% zu viel. Die Arbeitslosenquote in Österreich liegt damit fast bei der Hälfte des Durchschnitts der EU-27 – und gleichzeitig wissen wir, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit noch nicht vorbei ist. Daher wäre es falsch, den Menschen entgegen allen Wirtschaftsprognosen, die wir heute kennen, zu versprechen, dass die Krise in Österreich bereits überwunden sei.

In Europa leben 80 Millionen arbeitsgefährdete Menschen. Es gibt Wirtschaftsprognosen, wonach sich diese Zahl in den nächsten Monaten um etwa 50% erhöhen wird. Privatkonkurse werden uns in den kommenden Monaten genauso beschäftigen wie der Anstieg der Arbeitslosigkeit. Junge Menschen, die von der Schule kommen und keine Arbeit finden, und die Frage, ob man einen Ausbildungsplatz erhält, verlangen nach Antworten.

Die erste große sozialwissenschaftliche Untersuchung von Marie Jahoda, Felix Lazarsfeld und Hans Zeisel in den 1930er-Jahren am Beispiel einer Arbeitersiedlung im heutigen Grammatneusiedel, dem damaligen Marienthal zeigt, sowie auch viele aktuelle Studien, dass wir die soziale Sprengkraft von Arbeitslosigkeit nicht unterschätzen dürfen. Mit dem Verlust des Arbeitsplatzes ist nicht nur ein Einkommensverlust verbunden, sondern oft auch soziale Ausgrenzung, Hoffnungslosigkeit, und Depression. Daher ist dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in dieser kritischen Phase auch unbestritten Vorrang einzuräumen – bis die Rahmenbedingungen in der Wirtschaft wieder so sind, dass der Arbeitsmarkt wieder funktioniert, d. h. ohne große Konjunkturpakete, ohne besondere Maßnahmen etwa im Bereich der Kurzarbeit, der Ausbildungsgarantie, oder durch den Einsatz hoher Steuermittel wieder zu funktionieren. Wir können in unseren Volkswirtschaften auch nicht auf Dauer die Konjunkturpakete, die wir geschnürt, geschaffen und in Österreich auch umgesetzt haben, endlos wiederholen.

Wir setzen in diesem Jahr 6 Mrd EUR ein, die Hälfte davon in der Tarifenkung bei der Einkommensteuer, die andere Hälfte durch Umsetzung einzelner Maßnahmen, wie etwa Kreditgarantien durch die Austria Wirtschaft

Service (AWS), die der Mittelständischen Wirtschaft und den Klein- und Mittelbetrieben nützen. Infrastrukturprojekte wie der Bau von Straße und Schiene, die Sanierung und der Neubau von öffentlichen Gebäuden oder die thermische Sanierung tragen ebenso zur Stützung der Konjunktur und zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Investitionen in Bildung und Forschung sind nicht nur sinnvoll als Krisenmaßnahme, sondern verbessern auch langfristig die Ausgangsposition für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und damit die Wettbewerbsposition unseres Landes. Wer jetzt hochqualifizierte Arbeitnehmer mithilfe von Kurzarbeitszeitmodellen nicht kündigt, auch wenn man ihre Kapazität nicht zur Gänze braucht, ist auch für den Zeitpunkt des Wirtschaftsaufschwungs besser gerüstet.

Die Frage, wie viele Konjunkturprogramme sich Europa und die einzelnen Nationalstaaten eigentlich leisten können, ohne dabei Verschuldungsgrenzen zu überschreiten, die den budgetären Handlungsspielraum der Regierungen über Gebühr einschränken, ist berechtigt. Ich denke aber, dass es vorrangig ist, die Krise – nicht nur zur Vermeidung von persönlichem Leid, sondern aus rein volkswirtschaftlichen Überlegungen – so kurz wie möglich zu halten und gegenzusteuern – auch, wenn wir damit kurzfristig höhere Defizite in Kauf nehmen müssen. Gegenzusteuern heißt aber, 6 Mrd EUR in Österreich im heutigen Jahr einzusetzen, ca. 8 Milliarden gemeinsam mit den Bundesländern und Institutionen, die in Österreich tätig sind, um zumindest eine Wirkung von 40.000–50.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen zu schaffen, was bei 250.000 arbeitslosen Menschen das Problem auch nicht gänzlich beseitigt, aber doch den Beweis der Handlungsfähigkeit der Politik erbringt und

damit Vertrauen in der Bevölkerung und bei den Betroffenen schaffen soll.

Ich denke, dass die Bundesregierung in enger Abstimmung mit Wirtschaftsforschung und OeNB, mit ihren Maßnahmen und dem Bankenpaket durch Haftungen und Partizipationskapital ein Sicherheitsnetz geschaffen hat, das eine gewisse Stabilisierung der Lage ermöglicht hat.

Diese sozialpolitische Aufgabe, die damit verbunden ist, liegt darin, sich gerade in schwierigen Zeiten zu unseren hohen sozialen Standards zu bekennen, auf die wir stolz sind. Diese Standards dürfen in kritischen Zeiten nicht über Bord geworfen werden, da sie eine Art Garantie für soziale Stabilität darstellen. Sichere Pensionen, sichere leistbare Ausbildung für Kinder, gleich ob die Familie sich Schulgeld leisten könnte oder nicht, und andere soziale Errungenschaften müssen gerade in Zeiten der Krise erhalten bleiben, weil sie einerseits der wirtschaftlichen Entwicklung gegensteuern, und andererseits Vertrauen schaffen, sowie Konflikte und Gegensätze mildern. Denn was Europa derzeit am wenigsten brauchen kann, sind soziale Auseinandersetzungen, die auf der Straße durch Streiks ausgetragen werden oder durch Ausgrenzungen auf der anderen Seite. Europa braucht diesen sozialen Ausgleich als absolute Wertvorstellung.

Österreich hat viele Jahrzehnte von Sozialpartnerschaft, sozialem Ausgleich, dem Ausgleichen von gegensätzlichen Standpunkten sehr stark auch als Wirtschaftsstandort, einfach als lebenswerte Gesellschaft, aber auch als berechenbarer, positiver Faktor für einen Wirtschaftsstandort profitiert. Daher ist diese soziale Stabilität eines der wichtigsten Ziele, die es in den nächsten Monaten zu erhalten, bzw. zu erreichen gilt.

Der zweite Bereich, den ich ansprechen möchte, ist die Frage, welche Konsequenzen wir aus dieser Krise ziehen. Die Stabilität von Finanzmärkten und die Stabilität in Zentral- und Osteuropa – einer Region, für die Österreich immer eine wichtige Drehscheiben-Funktion wahrgenommen hat, auf die wir noch vor ein paar Monaten besonders stolz waren, ist hier von besonderer Bedeutung. Stabilität auf den Finanzmärkten und das Gewähren von Krediten, sowie ein grundsätzliches Vertrauen in die Stabilität des Finanzsystems, sind natürlich wichtige Voraussetzungen für eine Erholung am Arbeitsmarkt und zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit. Die Konjunkturpakete der österreichischen Bundesregierung entfalten nur dann ihre volle Wirkung, wenn gleichzeitig die Finanzierung von Unternehmen und Haushalten sichergestellt ist. Ebenso ist es auch von zentraler Bedeutung, dass sich die Wirtschaftsverhältnisse in jenen zentral- und osteuropäischen Ländern



stabilisieren, mit denen Österreich in intensiven Handelsbeziehungen steht und zu denen es besondere Beziehungen gibt.

Hier haben die Notenbanken, wie auch die Europäische Union und ihre Einrichtungen wie die EIB oder die EBRD, gemeinsam mit dem Internatio-

nalen Währungsfonds viel geleistet. Einerseits ist es wichtig sich zu dieser Stabilität zu bekennen und wichtige Partnerländer nicht alleine zu lassen, sondern zu wissen, dass Probleme auf den Finanzmärkten grenzüberschreitend ansteckend wirken können, andererseits ist es genauso unsere Aufgabe,



darauf hinzuweisen, dass die soziale Situation jedes einzelnen Arbeitssuchenden, eng mit der Frage der Stabilität im breiteren wirtschaftlichen Kontext verbunden ist.

Obwohl es viele Demagogen gibt, die diesen komplexen Fragestellungen mit einfachen Antworten begegnen, ist es weder unsere Aufgabe, zu verunsichern, noch, die Realität zu leugnen. Wir müssen hingegen Optimismus, Mut, Zuversicht und Vertrauen schaffen.

Welche Konsequenzen werden nun von Politik, Wirtschaft und den verantwortlichen Institutionen weltweit aus der Krise gezogen? Was tut die Europäische Union, um weitere Krisen in Zukunft zu verhindern? Oder ist der erste Tag nach der Krise bereits die Vorbereitung der nächsten Krise?

In der Europäischen Union hat sich bereits ein Konsens zu strengerer Finanzmarktkontrolle und -aufsicht gefunden. So wurden in der EU z. B. bereits strengere Regeln für die Zulassung von Rating-Agenturen beschlossen. Aber wir werden darüber hinaus auch noch andere Finanzmarktregulierungsmaßnahmen setzen müssen, die noch deutlicher sind, und die etwa das Problem von destabilisierender Spekulation ansprechen – und zwar nicht nur bei Finanzprodukten, sondern auch beim Handel mit Nahrungsmitteln, Wasser oder Energie – alles Elemente, die zur Grundversorgung gehören. Spekulation kann man nicht einfach per Resolution verbieten, aber die Frage, welche Maßnahmen man setzen kann, um sie an der Wurzel zu bekämpfen, werden wir zu beantworten haben.

Altkanzler Helmut Schmidt hat gesagt, man kann mit dem Appell an das Wissen allein die Finanzwirtschaft nicht in Ordnung bringen. Man muss sie regeln. Viele andere haben gesagt, man soll alles, was wie eine Bank aussieht, oder wie eine Bank arbeitet, auch wie eine Bank regulieren. Paul Krugman hat hier klare Worte gesprochen. Viele andere, die noch vor zwei oder drei Jahren schrankenlose Liberalisierung im Bereich der Finanzmärkte gefordert haben und so genannte Selbstregulierungskräfte beschworen haben, sehen heute die Notwendigkeit international koordinierter Finanzmarktregulierung mit einem Mindestmaß an Transparenz und einem Handeln mit moralischer Verantwortung.

Die europäische Bevölkerung wird die Politik dahingehend sehr genau beobachten, ob wir in der Europäischen Union aus der Krise gelernt haben, indem wir Konsequenzen dort ziehen, wo Regulierungen und Kontrollen, und in manchen Bereichen auch Verbote gewisser spekulativer Geschäfte

notwendig sind. Das ist nicht einfach, aber zu dieser politischen Zielsetzung müssen wir uns bekennen, wenn wir gegenüber der europäischen Öffentlichkeit glaubwürdig bleiben wollen.

Es wären noch viele Themen anzusprechen, die ich aber aus Zeitgründen auf einen Punkt zusammenfassen möchte, mit dem ich auch begonnen habe. Es ist die Frage des Vertrauens, die wir gemeinsam, Politik – Finanzexperten, Banken, Notenbanken, Wissenschaftler – herzustellen haben. In schwierigen Zeiten genauso wie in guten Zeiten. Denn Vertrauen ist ein Gefühl, das viele Unternehmer dabei leitet, ob sie investieren sollen oder nicht. Vertrauen ist ein Gefühl, das den Konsument dazu veranlasst, sein Haus oder seine Wohnung zu renovieren

oder es aber bleiben zu lassen, weil ihm das Krisengerede den Mut nimmt. Vertrauen ist etwas, das zwischen den Banken bestehen muss und Vertrauen ist etwas, das man auch in einer Regierung braucht. Daher sind die gute Zusammenarbeit in der Regierung und die Zusammenarbeit von verschiedensten Institutionen in diesen Zeiten wichtiger denn je. Wir brauchen Vertrauen und das entsteht durch Mut, auszusprechen, was notwendig ist.

Der Nobelpreisträger Hermann Scheer hat in einem Vortrag, den er vor Kurzem in Wien gehalten hat, ein wunderbares Zitat verwendet, das ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Er hat gesagt: „*Mut ist eine erneuerbare Energie*“ – und davon werden wir gerade in diesen Zeiten sehr viel brauchen!

Alles Gute für Ihre Tagung!